

STAB DER GRUPPE FÜR GENERALSTABSDIENSTE  
- 5.11.1990  
Delegierte für Rüstungskontrolle und Friedenssicherung

3003 Bern, 3.8.93  
FACTSH2.DOC/EBE/DRE

Herrn  
D. Eckmann  
Info C, EMD

*Fact sheet:*

## Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Militärische Sicherheit

### 1. Geschäft

Teilnahme der Schweiz an der KSZE und sicherheitspolitische sowie militärische Interessenvertretung mit Schwergewicht im Forum für Sicherheitskooperation (FSK).

### 2. Rahmen

Seit der Eröffnung der KSZE (1973) spielte der **Bereich der militärischen Sicherheit** (Korb 1) die **gewichtigste Rolle**, sowohl bezüglich Aufwand wie auch bezüglich erreichter Resultate.

Die KSZE hat am **4. Folgetreffen in Helsinki** (24.3. - 8.7.92) das **FSK** geschaffen (Verhandlungsbeginn: 22.9.92). Sie passte sich damit auch im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung, Konfliktverhinderung und Friedenswahrung den Herausforderungen des strategischen Wandels in Europa an. Das **FSK beendet die Zweiteilung der militärischen Verhandlungen** über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen einerseits und über konventionelle Streitkräfte in Europa anderseits.

Das **Mandat** für das FSK ist in einen **Verhandlungs-** und einen **Dialogteil** gegliedert. Es sieht im wesentlichen die Fortführung der Verhandlungen im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie Sicherheits- und Vertrauensbildung, eine kontinuierliche Sicherheitskooperation, Konsultationen in den Bereichen Nonproliferation, Streitkräfteplanung und Massnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken vor.



### 3. Aktueller Stand der wichtigsten Verhandlungsbereiche

Die Arbeit des FSK wird in den zwei Arbeitsgruppen A und B geführt, unter anderem mit folgenden Themenbereichen:

#### Harmonisierung:

Bei den Harmonisierungsverhandlungen geht es generell darum, in den Bereichen Informationsaustausch, Verifikation sowie in bezug auf Obergrenzen auf Personal und Grosswaffensysteme die unterschiedlichen **Verpflichtungen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und des Wiener Dokuments (WD) 92 pragmatisch anzugleichen**. Ziel ist eine gemeinsame und vergleichbare Rstungskontrollpolitische Ausgangsbasis. Die nunmehr seit 10 Monaten geführten entsprechenden Verhandlungen zeigen folgende Hauptschwierigkeiten:

- grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob das WD 92 oder der VKSE zum Ausgangs- und Zielpunkt der Harmonisierung genommen werden soll;
- divergierende inhaltliche Ansichten innerhalb von Staatengruppen und unterschiedliche Auffassungen über Nutzen, Zielsetzung und Intensität der Harmonisierung;
- unklare Perspektive hinsichtlich des weiteren Verlaufs.

#### Fortentwicklung des WD 92:

Die entsprechenden Arbeiten geniessen derzeit geringe Priorität. Substantiell geht es im wesentlichen darum, die **Schwellenwerte für Notifikation, Beobachtung und Information nach unten zu revidieren** sowie die **Modalitäten für Evaluation, Verifikation und "challenge inspection" auszubauen**.

#### Kooperation im Bereich der Nonproliferation:

Die NATO hat, zusammen mit einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, einen Vorschlag zur Nonproliferation und zum Rüstungstransfer eingebracht. Dieser beschränkt sich im wesentlichen auf einen Aufruf zur **Unterstützung globaler Nonproliferationsinstrumente** und zur **Belieferung des UN-Registers über konventionelle Waffen**. Das freiwillige UN-Waffenregister soll für alle KSZE-Staaten verbindlich gemacht werden.

#### Streitkrfteplanung:

Die vorliegenden Vorschläge bezwecken, durch vermehrten und frühen Einblick in die Planungs-, Beschaffungs-, Budgetierungsvorhaben und in die Doktrinentwicklung **höhere Transparenz und Berechenbarkeit sicherheits- und militrpolitischer Vorgänge** zu ermöglichen. Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund der zahlreichen unterschiedlichen Planungs-, Budgetierungs- und nationalen Zustndigkeitsordnungen.

### Verhaltenskodex:

Die Vorschläge zu einem Verhaltenskodex (Code of Conduct) sind inhaltlich noch wenig kohärent und bedürfen weiterer Erörterungen. Es zeichnet sich aber ab, dass ein eigentlicher Verhandlungsvorschlag in die **vier Teile** "Prinzipien", "Sicherheitspolitische Verpflichtungen", "Demokratische Kontrolle der Streitkräfte" und "Bestimmungen über die Anwendung bewaffneter Gewalt" gegliedert sein soll.

#### 4. Elemente der schweizerischen Position

Dank ihrer "europäischen Universalität" und inhaltlichen Ganzheitlichkeit wird die **KSZE als Forum multilateraler Sicherheitskooperation in Europa und als Brennpunkt multilateraler Konfliktverhütungsanstrengungen auch in Zukunft unverzichtbar** sein. Die Schweiz als neutraler Kleinstaat kann hier **formal gleichberechtigt ihre Interessen** vertreten. Die volle Nutzung unseres Handlungsspielraumes - ohne Einbindung in ein Bündnis - ist für die Wahrnehmung unserer sicherheitspolitischen Interessen entscheidend.

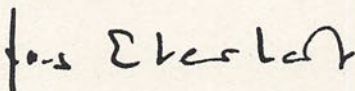
Wir befürworten eine die Besonderheiten einzelner Wehrsysteme berücksichtigende **Harmonisierung der Nicht-VKSE-Staaten mit jenen der VKSE-Staaten** für die Schaffung einer gemeinsamen rüstungskontrollpolitischen Ausgangsbasis. Wir sind der Auffassung, dass wir mit der **"Armee 95" einen gewichtigen unilateralen Beitrag zur Streitkräftereduktion in Europa** leisten. Wir lehnen eine Aufkötroyierung von Obergrenzen auf unseren Milizbestand auch deshalb ab, weil die KSE-Staaten Begrenzungen ihres Reservistenpotentials ablehnen. Im Bereich der **Nonproliferation** hat die Schweiz als Nicht-UNO-Mitglied Nachvollzugsschwierigkeiten, weil ihr eine entsprechende direkte Mitwirkung versagt ist. Den **Verhaltenskodex** trägt die Schweiz in den Grundzügen mit. Sie legt den Hauptakzent auf das Verhalten im Innern der Teilnehmerstaaten.

Die Schweiz setzt sich auch dafür ein, dass das **Instrument des KSZE-Peacekeeping** zwecks Erhöhung der Handlungsfähigkeit der KSZE zur Krisenverhinderung und zum Krisenmanagement gestärkt und ausgebaut wird. Aufgrund der begrenzten personellen und materiellen Ressourcen der Armee soll eine Beteiligung der CH primär in Operationen ins Auge gefasst werden, die **Gewähr für eine politische Konfliktlösung innerhalb einer vernünftigen Frist** bieten. Wir lehnen eine Beteiligung an Operationen ab, welche militärische Zwangsmassnahmen vorsehen oder potentiell mittelfristig vorsehen könnten.

5. Perspektiven

Wir werden auch in Zukunft die **KSZE als umfassenden Prozess konstruktiv unterstützen**. Sie bietet namentlich der Schweiz **adquate Mitwirkungsmöglichkeiten**, sei es im Bereich der Rüstungskontrolle, der Konfliktverhütung oder der Friedenswahrung. Wir haben ein bedeutendes sicherheitspolitisches Interesse am VKSE. Wir sind für eine Harmonisierung unserer Milizarmee, solange diese nicht zu einer Schlechterstellung und selektiv-willkürlichen Ungleichbehandlung gegenüber dem Ist-Zustand führt. Die Harmonisierung muss unsere Besonderheiten berücksichtigen und administrative Vereinfachungen ermöglichen. Wir werden, neben der bereits freiwilligen Information und Evaluation temporär aktivierter Truppen (WK-Verbnde), Bemühungen zur Verdichtung der sicherheitspolitischen Kooperation unterstützen und unsere Armee der Transparenz ihrer Struktur sowie der Berechenbarkeit ihrer Aktivitäten ffnen.

Stab der Gruppe für Generalstabsdienste  
Delegierter für Rüstungskontrolle und  
Friedenssicherung

i. V. 

Br J. Schärli